ÖGB-Berechnung: Heimische Preissteigerungen - Rückkehr der profitgetriebenen Teuerung im Zuge des Iran-Kriegs

Während sich im Rahmen der Herbstlohnrunde die Rufe nach Lohnzurückhaltung mehren, zeigen die neuesten Daten ein ganz anderes Bild: Der Anstieg der Unternehmensprofite erklärt rund drei Viertel der hausgemachten Teuerung im ersten Halbjahr 2026.

Das Wichtigste zuerst:

- Unternehmensprofite treiben die hausgemachte Teuerung – Österreich liegt dabei im EU-Spitzenfeld.
- Lohnerhöhungen glichen vor allem die Kaufkraftverluste aus, während gleichzeitig die Inflation zurückging.
- ÖGB fordert eine ausgeweitete Spritpreisbremse, strengere Mietbegrenzungen und eine höhere Bankenabgabe.

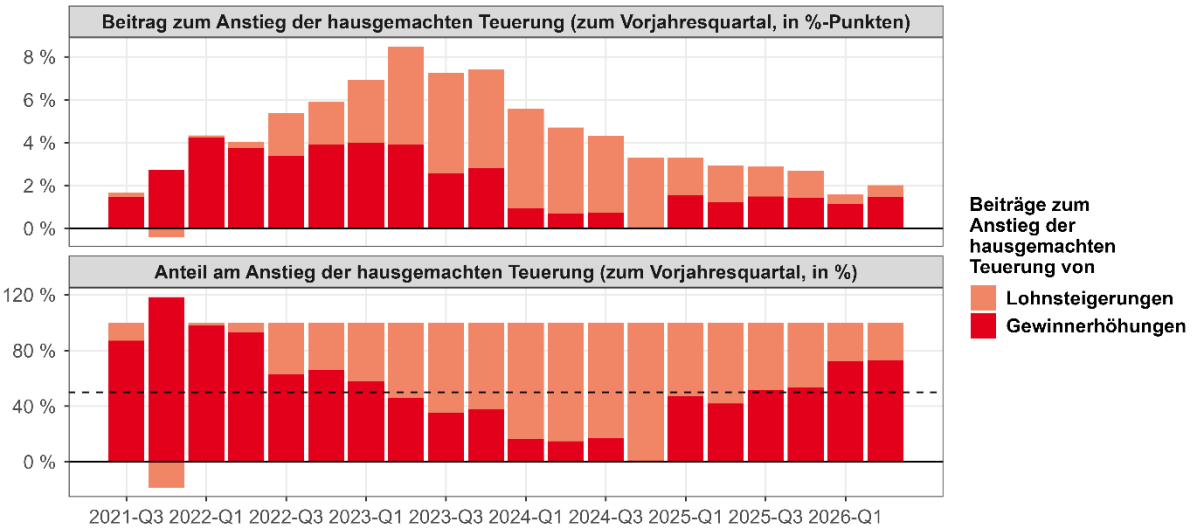
Österreich scheint die zweite Phase profitgetriebener Teuerung bevorzustehen. Bereits zu Beginn der Teuerungskrise 2021/2022 war der Anteil der Unternehmensgewinne an der hausgemachten Teuerung enorm. Diese misst die Preissteigerungen der in Österreich produzierten Güter und Dienstleistungen und klammert somit den Anteil der Preissteigerungen aus, der auf gestiegene Kosten für importierte Güter – wie beispielsweise fossile Brennstoffe – zurückzuführen ist.

Bis Anfang 2023 lag der Anteil der heimischen Preissteigerungen, der auf höhere Unternehmensprofite zurückzuführen ist, bei über 50 Prozent – in manchen Quartalen war praktisch der gesamte Preisanstieg profitgetrieben. In den folgenden Jahren ging der profitgetriebene Anteil zurück und jener Anteil, der auf Lohnerhöhungen zurückzuführen ist, nahm zu. Das lag jedoch daran, dass die Lohnerhöhungen in dieser Phase zunehmend die zu Beginn der Teuerungskrise erlittenen Kaufkraftverluste ausglichen. Zudem war der stärker lohngetriebene Zeitraum eine Phase mit sinkenden Inflationsraten – ein weiteres Argument dafür, dass das österreichische Lohnverhandlungssystem, das immer die Teuerung der Vergangenheit als Ausgangspunkt nimmt, nicht preistreibend wirken kann.

Heimische Teuerung im Jahr 2026 zu rund Dreiviertel profitgetrieben

Seit Anfang 2025 waren gestiegene Unternehmensgewinne wieder für rund die Hälfte der heimischen Teuerung verantwortlich und parallel zum Ausbruch des Iran-Kriegs stiegen die profitgetriebene Inflation noch einmal deutlich an. Im ersten und zweiten Quartal 2026 erklärten gestiegene Unternehmensprofite rund dreiviertel der heimischen Teuerung, der Anteil der Löhne erreichte den niedrigsten Wert seit dem ersten Halbjahr 2022.

Unternehmensgewinne erneut stärkster Inflationstreiber

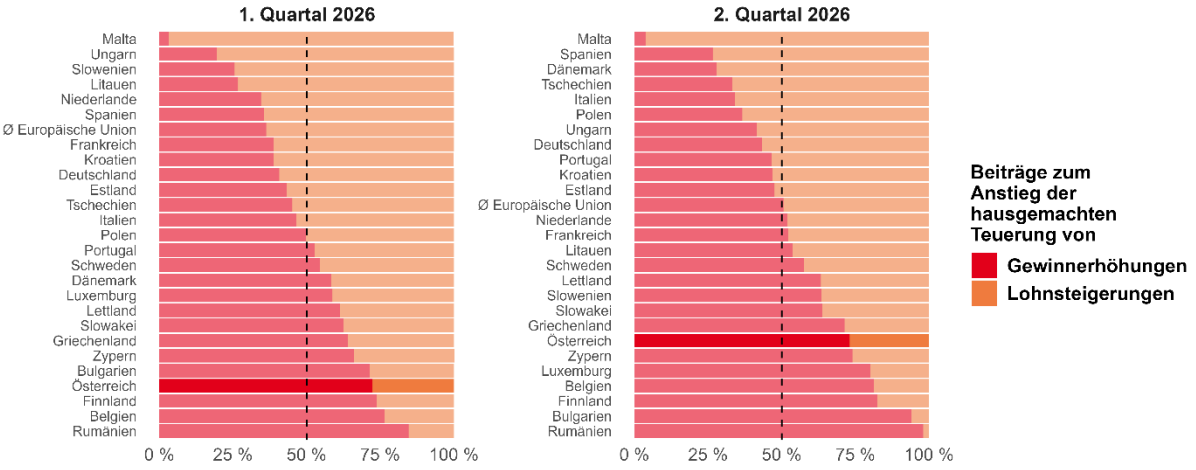


Quelle: Eurostat, eigene Berechnung.
Anmerkung: Saison- und kalenderbereinigte Werte. Löhne und Gewinne: Arbeitnehmer:innenentgelte und Bruttobetriebsüberschüsse (inkl. Nettoproduktionsabgaben) laut VGR.

EU-Vergleich: Nur wenige Länder, wo die Teuerung noch stärker profitgetrieben ist

Ein Blick in andere EU-Staaten zeigt zudem, dass der Anteil der Unternehmensgewinne an der hausgemachten Teuerung im ersten Halbjahr 2026 fast nirgends so hoch war wie in Österreich. Im ersten Quartal 2026 gab es nur drei Länder mit höherem Anteil an profitgetriebener Teuerung, im zweiten Quartal waren es sechs Länder.

Unternehmensgewinne: 2026 nur wenige EU-Länder mit höherem Beitrag zur hausgemachten Teuerung als Österreich



Quelle: Eurostat, eigene Berechnung.
Anmerkung: Saison- und kalenderbereinigte Werte, sofern verfügbar. Löhne und Gewinne: Arbeitnehmer:innenentgelte und Bruttobetriebsüberschüsse (inkl. Nettoproduktionsabgaben) laut VGR.

ÖGB-Forderung: Nachschärfung bei Maßnahmen gegen die hohe Teuerung notwendig

Aus Sicht des ÖGB braucht es daher dringend weitere Maßnahmen, um den in den letzten Monaten beobachteten Anstieg der – überwiegend profitgetriebenen – Teuerung – zu bremsen. Dazu gehört eine Ausweitung der Margenbegrenzung im Rahmen der Spritpreisbremse. Diese sollte zu über den November hinaus verlängert werden. Parallel dazu muss auch das Problemfeld

der hohen Inflationsbeiträge durch Mieterhöhungen wieder adressiert werden. Gerade im Bereich der Neuvermietungen kommt es zu hohen Preissprüngen – hier sollten unternehmerische Vermieter:innen zukünftig ausschließlich unbefristete Mietverträge ausstellen dürfen und Mieten auch am freien Mietmarkt maximal um zwei Prozent pro Jahr steigen. Schlussendlich sind auch die österreichischen Banken große Profiteure der zur Bekämpfung der Teuerungskrise erhöhten Leitzinsen geworden. Im ersten Halbjahr 2026 verzeichnete der Bankensektor die höchsten jemals erfassten Gewinne – diese Bundesregierung sollte darauf mit einer Erhöhung der Bankenabgabe reagieren.

Zitate

Mattias Muckenhuber, Fachexperte im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB:

„Während Lohnerhöhungen zuletzt kaum zu den heimischen Preissteigerungen beitrugen, zeigt sich seit Anfang 2026 ein starker Anstieg der profitgetriebenen Teuerung. In kaum einem anderen Land treiben die Gewinne die Inflation so stark wie in Österreich."

Angela Pfister, Leiterin des volkswirtschaftlichen Referats des ÖGB:

„Viele Unternehmen scheinen sich im Zuge der starken Preisanstiege bei fossilen Brennstoffen als Folge des Iran-Kriegs ein ordentliches Körberlgeld zu verdienen, indem sie die Preise stärker als ihre Kosten erhöhen. Die Bundesregierung muss nun dringend bei den inflationsdämpfenden Maßnahmen nachschärfen und stärker in die Margen eingreifen – sei es beim Sprit oder bei den Mieten."

„Die neuesten Daten zur heimischen Teuerung zeigen, dass die Rufe nach Lohnzurückhaltung eindeutig fehl am Platz sind. Viel eher sprechen die Fakten dafür, dass in Österreich eine deutliche Preismoderation angesagt wäre, um die hohe Teuerung endlich in den Griff zu bekommen."